



## Geschäftsführung Ausschuss für Umwelt und Grün

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

Fax: (0221) 221-26928

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 02.11.2011

### Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 29.09.2011, 15:30 Uhr bis 17:27 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

#### Anwesend waren:

#### Vorsitzende

Frau Dr. Sabine Müller GRÜNE

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Götz Bacher	SPD	
Herr Dr. Alexander Fladerer	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	
Frau Dagmar Paffen	SPD	
Herr Henk Benthem van	CDU	stellvertretend für Fr. Nessler-Komp bis 17:27 Uhr
Herr Niklas Kienitz	CDU	
Herr Klaus Koke	CDU	stellvertretend für Herrn Bürgermeister Bartsch
Frau Katharina Welcker	CDU	
Herr Horst Thelen	GRÜNE	stellvertretend für Herrn Brust
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE	
Herr Dr. Rolf Albach	FDP	
Herr Klaus Art	Pro Köln	

#### Ratsmitglieder mit beratender Stimme

Frau Gisela Stahlhofen DIE LINKE. stellvertretend für Herrn Fischer

#### Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Barbara Albat	auf Vorschlag der SPD	
Herr Wilfried Becker	SPD-Fraktion	bis 17:00 Uhr
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD	
Frau Margret Dresler-Graf	auf Vorschlag der CDU	
Herr Josef Druckenmüller	auf Vorschlag der CDU	

Herr Heribert Resch	CDU
Herr Ralf Bilke	auf Vorschlag der Grünen
Herr Michael Gybas	auf Vorschlag der Grünen
Herr Frank Kraus	(FDP) auf Vorschlag der Grünen
Herr Mike Pöhler	FDP
Frau Brigitte Grosser	auf Vorschlag pro Köln
Herr Dieter Koberg	auf Vorschlag der Linke.Köln

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Käthe Reiff	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik
Frau Barbara Röttger- Schulz	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Minu Nikpay	KÖBES

### **Verwaltung**

Herr Prof. Dr. Ernst Drösemeier  
Herr Manfred Kaune  
Frau Anke Ludwig  
Frau Beigeordnete Henriette Reker  
Herr Peter Winkels

### **Schriftführerin**

Frau Barbara Bültge-Oswald

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Bürgermeister Hans-Werner Bartsch	CDU
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
Herr Gerhard Brust	GRÜNE

### **Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen**

Herr Heinz Peter Fischer	Die Linke.Köln
--------------------------	----------------

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Ute Saher	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik
Herr Fatih Turan	KIM

Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller begrüßt alle Anwesenden zur Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün und des Betriebsausschusses für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln.

Sie informiert kurz über die erweiterten Tagesordnungen, deren Erweiterungen am Zusatz "zugesetzt und zugestellt" bzw. "**Tischvorlage**" zu erkennen seien.

Die Unterlagen seien bis auf sieben Tischvorlagen im Ausschuss Umwelt und Grün und einer im Betriebsausschuss zugestellt worden.

Die Verwaltung ziehe im Ausschuss Umwelt und Grün zwei Vorlagen zurück, was bereits auf der aktuellen Tagesordnung vermerkt sei. Es handle sich um:

TOP 6.4 - Änderung der Zuständigkeitsordnung und

TOP 6.12 - Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen.

Die Anfrage zu TOP 3.4 werde in der nächsten Sitzung beantwortet.

Zu TOP 3.2 – Vollzug Umweltzone sei Herr Kilp vom Ordnungsamt anwesend. Zu TOP 5.3 – Energiecontrolling und 9.7 Energiebericht 2010 komme Herr Nawroth von der städtischen Gebäudewirtschaft. Zu TOP 6.9 – Mülheim 2020 werde als Vertreterin des Amtes für Stadtentwicklung Frau Luttmann-Paffrath anwesend sein. Zu TOP 2.1 – Bau von Schallschutzwänden an bestehenden Schienenwegen des Bundes und 9.14 – Toilettenkonzept könne leider kein Vertreter / keine Vertreterin des Bauverwaltungsamts teilnehmen. Eventuelle Nachfragen würden selbstverständlich schriftlich beantwortet werden. Zu TOP 7.1 begrüße sie Frau Hüser vom Stadtplanungsamt.

RM Herr Bacher meldet für die SPD-Fraktion zu TOP 6.3 – Fortschreibung des Landschaftsplans – Beratungsbedarf an und bittet die Fraktionen, einer Vertagung zuzustimmen.

RM Herr Dr. Welpmann merkt zu TOP 5.2 – Antrag der FDP-Fraktion zur Strunde – an, dass seiner Kenntnis nach zu diesem Thema eine Vorlage der Verwaltung vorbereitet werde. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen würde Antrag und Beschlussvorlage gerne zusammen diskutieren und bittet um Vertagung des Antrags in die nächste Sitzung am 10.11.2011.

SB Herr Dr. Albach erklärt sich namens der FDP-Fraktion mit der Vertagung in die November-sitzung einverstanden, danach jedoch nicht mehr.

Die Ausschussvorsitzende informiert noch mal darüber, dass alle Tischvorlagen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden, um dann über sie zu diskutieren.

RM Frau Welcker merkt zu TOP 6.7 – Satzung zur Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen – an, es sei schwer, ohne einen Vergleich von "alt" zu "neu" festzustellen, worin die Unterschiede zwischen beiden Satzungen bestünden. Sie bittet, die Vorlage zurückzustellen und zur nächsten Sitzung einen Vergleich zwischen alter und neuer Satzung vorzunehmen.

Herr Kaune informiert darüber, dass in dem Text auf eine DIN hingewiesen werde, die nur über den Buchhandel zu erwerben sei. Die Verwaltung sei aufgefordert worden, diese DIN zur Verfügung zu stellen. In der Bekanntmachungsanordnung werde darauf hingewiesen, dass beim Liegenschaftsamt der Stadt Köln diese DIN eingesehen werden könne. Dies sei die einzige Änderung und führe dazu, dass die Grünverwaltung den geänderten Passus "Die Satzung tritt rückwirkend zum 19.12.2000 in Kraft" verwenden müsse.

Frau Welcker leuchtet nicht ein, wie die Verwaltung jemandem, der 2008 aufgrund der bestehenden Satzung eine Genehmigung erlangt habe, rückwirkend einen neuen Bescheid erteilen könne.

Herr Kaune antwortet, die Verwaltung habe die Möglichkeit, nachträglich dieses Defizit zu heilen.

Frau Welcker hält auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden ihren Wunsch aufrecht, die Vorlage zurückzustellen.

Die Ausschussmitglieder sind mit den Vorschlägen zur Änderung der Tagesordnung einverstanden und legen sie wie folgt fest:

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
  - 2.1 Bau von Schallschutzwänden an bestehenden Schienenwegen des Bundes  
Beantwortung einer mündlichen Nachfrage von SE Herrn Pöhler  
3520/2011
  - 2.2 Bilanzieller Wert von Bäumen  
Beantwortung der mündlichen Anfrage von RM Herrn Dr. Welpmann  
3539/2011
  - 2.3 Sachstandsbericht zum Fühlinger See  
Beantwortung der mündlichen Anfrage von RM Frau Paffen  
3694/2011
  - 2.4 Rückschnitt in der Roggendorfstraße  
Beantwortung der Anfrage der SE Frau Grosser in der Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün am 20.01.2011  
3824/2011
  - 2.5 Historischer Tiefstand des Rheins und gleichzeitiger Wasserhöchststand im Höhenfelder See  
Beantwortung der Anfrage des SE Herrn Donath  
3888/2011
- 3 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
  - 3.1 Gesundheitlicher Verbraucherschutz in Köln  
Anfrage der CDU-Fraktion  
AN/ 1293/2011  
  
Teilbeantwortung der Anfrage  
2733/2011  
  
Weitere Beantwortung der Anfrage  
2669/2011
  - 3.2 Beantwortung Anfrage CDU-Fraktion, AN/1336/2011  
Vollzug Umweltzone  
2722/2011

3.3 Verbrennung von Sonderabfall: Kapazitätserweiterung der Firma Currenta in Leverkusen  
Gemeinsame Anfrage von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Beantwortung der Anfrage  
AN/1647/2011

3.4 KfW-Förderprogramm zur energieeffizienten Stadtbeleuchtung  
Anfrage der FDP-Fraktion  
AN/1731/2011

#### **4 Mündliche Anfragen**

#### **5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**

5.1 Optimierung der Grünpflege  
Antrag der CDU-Fraktion  
AN/1516/2011

5.2 Strunde wieder für Mülheim zum Erlebnis machen  
Antrag der FDP-Fraktion  
AN/1477/2011  
*Vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt in die nächste Sitzung am 10.11.2011.*

5.3 Energiecontrolling und Energiemanagement in städtischen Objekten  
Gemeinsamer Antrag von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.04.2011  
AN/0801 /2011

5.3.1 Professionalisierung des Energiecontrolling zum Antrag 0801/2011  
Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 02.05.2011  
AN/0835 /2011

#### **6 Allgemeine Beschlussvorlagen**

6.1 Sport- und Erholungsanlage Fühlinger See  
hier: Veranstaltungsplan 2011 und Definition von Rahmenbedingungen für die Genehmigung von Veranstaltungen  
0389/2011

6.2 Beleuchtung des öffentlichen Fußweges in der Siedlung "Em Parkveedel" zur Amsterdamer Straße  
1992/2011

6.3 Fortschreibung des Landschaftsplans der Stadt Köln  
2044/2011  
*Vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt in die nächste Sitzung am 10.11.2011.*

- 6.4 Änderung der Zuständigkeitsordnung  
2703/2011  
*von der Verwaltung zurückgezogen*
- 6.5 Erfahrungsbericht "Naturwaldbestattung" und Änderung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln (Friedhofssatzung)  
2776/2011
- 6.6 Beschaffung von zwölf Mannschaftstransportern  
hier: Bedarfsfeststellung und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen  
3054/2011
- 6.7 Satzung zur Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen nach §§ 135 a - 135 c BauGB  
3000/2011  
*Vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt in die nächste Sitzung am 10.11.2011.*
- 6.8 Abschluss eines Rahmenvertrages zur Durchführung von Boden- und Grundwasseruntersuchungen im Stadtgebiet Köln  
3207/2011
- 6.9 Programm MÜLHEIM 2020: Umsetzung der Projekte auf Grundlage der bewilligten Ausnahme vom Verbot des vorzeitigen Maßnahmebeginns gemäß Nr. 1.3.1 VVG zu § 44 LHO vom 21.12.2009  
3148/2011
- 6.10 Adenauer Weiher - Sanierung der Wasserleitung  
hier: Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen im Rahmen des Bürgerhaushaltes  
3154/2011
- 6.11 Beschaffung von neun Mannschaftstransportern für den Friedhofsbereich  
hier: Bedarfsfeststellung und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen  
3262/2011
- 6.12 1. Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltsatzung der Stadt Köln  
  
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes  
3533/2011  
*von der Verwaltung zurückgezogen*

## **7 Mitberatung von Planungsvorlagen**

- 7.1 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes  
Arbeitstitel: Godorfer Hafen in Köln-Godorf  
0295/2011

## **8 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**

## **9 Mitteilungen**

- 9.1 Beauftragung eines Wach- und Sicherheitsdienstes zum Schutz des Rhein-parks vor Vandalismus.  
2531/2011
- 9.2 Stilllegungsmaßnahme auf der städtischen Altdeponie Linder Mauspfad  
Sachstand zur Verkehrsführung während der Baumaßnahme  
2545/2011
- 9.3 Umgang mit der Massaria-Krankheit an Platanen in Köln - Stand Juni 2011  
Entwicklung in der Rechtsprechung  
Von den Gerichten geforderter Umfang und Häufigkeit der Baumkontrolle  
2584/2011
- 9.4 "Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm - Bäume, Brunnen, Blumen und  
Gewässer"  
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Mülheim vom 27.06.2011 über die vom  
Rat am 07.04.2011 zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel  
2682/2011
- 9.5 Stadtklima- und Verschönerungsprogramm - Sanierung und Betrieb von  
Brunnen in Köln  
2686/2011
- 9.6 Stadtklima- und Verschönerungsprogramm - Schmuckbeete  
2689/2011
- 9.7 Energiebericht 2010  
2655/2011
- 9.8 Sanierung Parkgewässer  
hier: Außerplanmäßige Auszahlung im Teilfinanzplan 1301 / Öffentliches  
Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen  
2527/2011

- 9.9 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm - Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer  
hier: Beschluss der BV Nippes vom 07.07.2011 über die vom Rat zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel  
2872/2011
- 9.10 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm - Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer  
2880/2011
- 9.11 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm - Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer  
3176/2011
- 9.12 Grüngürtel Impuls 2012 - Moderationsverfahren  
2995/2011
- 9.13 Ausgleichsmaßnahme Sürther Feld  
3169/2011
- 9.14 Toilettenkonzept - Sachstand  
3252/2011
- 9.15 Private Wertstoffsammler an Wertstoffhöfen, Anfrage der FDP-Fraktion zur Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales am 04.07.2011  
2671/2011
- 9.16 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm hier: Beschluss der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 12.09.2011 über die vom Rat am 07.04.2011 zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel  
3660/2011
- 9.17 Fahrstreifensignalisierungsanlage Dürener Str. 1. und 2. Bauabschnitt  
hier: Ergebnis Ortstermin am 09.06.2011 mit Beirat untere Landschaftsbehörde und Ausschuss Umwelt und Grün  
3688/2011/1
- 9.18 Nicht normgerechte Spielgeräte auf Kinderspielplätzen  
2717/2011



## **II. Nichtöffentlicher Teil**

- 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 11 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
- 12 Mündliche Anfragen**
- 13 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung**
- 14 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 15 Vergaben**
- 16 Mitberatung von Planungsvorlagen**
- 17 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**
- 18 Mitteilungen**
  - 18.1 Errichtung des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamtes (CVUA)  
Rheinland  
2490/2011
  - 18.2 Mitteilung über vergebene Aufträge  
3454/2011
  - 18.3 Städtische Altdeponie Nonis in Köln Merheim  
3714/2011

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

Keine.

### **2 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**

#### **2.1 Bau von Schallschutzwänden an bestehenden Schienenwegen des Bundes Beantwortung einer mündlichen Nachfrage von SE Herrn Pöhler 3520/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

#### **2.2 Bilanzieller Wert von Bäumen Beantwortung der mündlichen Anfrage von RM Herrn Dr. Welpmann 3539/2011**

RM Herr Dr. Welpmann dankt für die Antwort der Verwaltung. Er fragt nach, ob es Einzelfallbeispiele gebe, z. B. den konkreten Wert der Bäume, die im Zusammenhang mit der Sanierungs- und Umbaumaßnahme der Flora gefällt worden seien. Er bittet, an 3 – 4 Beispielen die Größenordnungen darzustellen.

Herr Kaune sagt dies zu und nennt als ein erstes konkretes Beispiel eine 20 Jahre alte Linde, die als Straßenbaum in Köln stehe. Hier liege der Wert nach der Koch-Methode bei ca. 4.800 €. Die Verwaltung könne dies für die Rosskastanien an der Flora nachreichen.

#### **2.3 Sachstandsbericht zum Fühlinger See Beantwortung der mündlichen Anfrage von RM Frau Paffen 3694/2011**

RM Frau Paffen fragt nach, wer die beteiligten Institutionen sind.

Die Verwaltung sagt eine Weiterleitung der Nachfrage an das Sportamt zu.

#### **2.4 Rückschnitt in der Roggendorfstraße Beantwortung der Anfrage der SE Frau Grosser in der Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün am 20.01.2011 3824/2011**

SE Frau Grosser möchte wissen, ob die bodenbündig abgeschnittenen Stubben des nicht mehr ausgetriebenen Wacholders ersetzt werden.

Herr Kaune antwortet, eine Nachpflanzung sei in diesem Bereich momentan nicht geplant.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Herrn Kaune und die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**2.5 Historischer Tiefstand des Rheins und gleichzeitiger Wasserhöchststand im Höhenfelder See  
Beantwortung der Anfrage des SE Herrn Donath  
3888/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün bittet, die als Tischvorlage umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung zu setzen.

**3 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**

**3.1 Gesundheitlicher Verbraucherschutz in Köln  
Anfrage der CDU-Fraktion  
AN/ 1293/2011**

**Teilbeantwortung der Anfrage  
2733/2011**

**Weitere Beantwortung der Anfrage  
2669/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün bittet, die als Tischvorlage umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zusammen mit der ersten Teilbeantwortung auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung zu setzen.

**3.2 Beantwortung Anfrage CDU-Fraktion, AN/1336/2011  
Vollzug Umweltzone  
2722/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**3.3 Verbrennung von Sonderabfall: Kapazitätserweiterung der Firma Currenta in Leverkusen  
Gemeinsame Anfrage von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
und Beantwortung der Anfrage  
AN/1647/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün bittet, die als Tischvorlage umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung zu setzen.

### **3.4 KfW-Förderprogramm zur energieeffizienten Stadtbeleuchtung Anfrage der FDP-Fraktion AN/1731/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün bittet, die als Tischvorlage umgedruckte Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung zu setzen. Die Beantwortung erfolgt ebenfalls in der nächsten Sitzung.

## **4 Mündliche Anfragen**

### **4.1 Anfrage von Frau Grosser Grillkonzept**

SE Frau Grosser merkt an, pro Köln habe am 23.05.2011 eine schriftliche Anfrage zum Thema "Erstellung eines Grillkonzeptes" gestellt, die bis heute nicht auf der Tagesordnung gestanden habe. Sie frage nach, was damit sei.

Die Verwaltung sagt eine Prüfung der Angelegenheit zu.

### **4.2 Anfrage von RM Frau Stahlhofen Bänke und Papierkörbe aus dem Bürgerhaushalt**

RM Frau Stahlhofen bemerkt, im Rahmen der Bürgerhaushaltsverfahren seien unter anderem Beschlüsse zur Montage und zum Austausch von Bänken und Papierkörben getroffen worden.

Bei einem kommunalpolitischen Spaziergang der LINKEN mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern am letzten Samstag auf der Merheimer Heide sei jedoch eine beträchtliche Diskrepanz zwischen Beschluss und Umsetzung festzustellen gewesen.

Frau Stahlhofen stellt daher folgende Frage und bittet, die Antwort auch den Bezirken zur Kenntnisnahme zu geben:

Welche im Bürgerhaushaltsverfahren beschlossenen Bänke und Papierkörbe wurden bereits montiert oder ausgetauscht und welche aus welchen Gründen noch nicht, beziehungsweise wie ist der Zeitplan hierfür?

Herr Kaune erwähnt, die Verwaltung habe dem Ausschuss Umwelt und Grün in der letzten Sitzung dazu Mitteilungen zur Kenntnis gegeben. Man habe der KGAB (Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung) als Vertragspartnerin einen entsprechenden Auftrag erteilt, so dass die Maßnahmen jetzt begännen.

Frau Stahlhofen bittet um schriftliche Beantwortung.

Dies wird von Herrn Kaune zugesagt.

### **4.3 Erinnerung von SB Herr Dr. Fladerer an die Beantwortung einer früheren mündlichen Anfrage Planung von drei Bauvorhaben auf der Grünfläche zwischen Düsternichstraße und Linzer Straße in Köln-Sülz**

SB Herr Dr. Fladerer bemerkt, er würde sich freuen, wenn er eine Antwort auf seine Anfrage bekomme, bevor gebaut werde. So, wie es aussehe, scheine eine der drei Baumaßnahmen bereits im Herbst zu beginnen.

#### **4.4 Anfrage von RM Herrn Dr. Welpmann Stadtmagazin Kölner Leben**

RM Herr Dr. Welpmann fragt, ob es möglich sei, auf die aufwendige Folienverpackung des Stadtmagazins "Kölner Leben" zu verzichten.

#### **4.5 Anfrage von SE Frau Grosser Schallschutzmessungen im Raum Flittard und Stammheim**

SE Frau Grosser erwähnt die Schallschutzmessungen im Raum Flittard und Stammheim hinsichtlich der Nachtflüge des Flughafens Köln/Bonn. Sie möchte wissen, wie lange diese Messungen erfolgen und welche Konsequenzen aus ihnen abgeleitet werden.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

### **5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**

#### **5.1 Optimierung der Grünpflege Antrag der CDU-Fraktion AN/1516/2011**

RM Herr Kienitz begründet kurz den Antrag und ruft das Thema "Biodiversität" in Erinnerung. Die CDU-Fraktion habe in der Vergangenheit angeregt, an dem Wettbewerb um den Titel "Bundeshauptstadt der Biodiversität" teilzunehmen, habe aber feststellen müssen, dass die Stadt Köln hier nicht ganz so gut positioniert sei. Daher wolle man, um Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit zu sensibilisieren, prüfen lassen, wie durch Optimierung der Pflege der Grünflächen die Artenvielfalt in Köln verbessert werden könne. So könne es, wenn dadurch Ressourcen freiwürden, evtl. wieder möglich werden, an anderer Stelle andere Dinge, wie z. B. Schmuckbeete, einzurichten bzw. fortzusetzen.

Hinsichtlich des angestrebten Zeitpunktes unter Punkt 1 des Antrags sei man aufgrund der personellen Ressourcen zufrieden, wenn die Stellungnahme erst im nächsten Jahr abgegeben werden könnte.

RM Frau Dr. Müller spricht sich positiv zum Thema Biodiversität aus. Die von der CDU-Fraktion gewollte Verknüpfung zwischen der Extensivierung der Pflege und der Intensivierung an anderer Stelle hänge mit Kosten zusammen. Frau Dr. Müller möchte dazu die Haltung der Verwaltung hören.

Herr Kaune geht erläuternd auf den Abwägungsprozess zwischen Schutz der Natur einerseits und dem Wunsch der Bevölkerung nach Naherholung in der Natur andererseits ein und macht am Beispiel der Großrasenflächen deutlich, wie differenziert die Verwaltung mit diesem Thema umgeht.

So würden im Rahmen der dargestellten Güterabwägung z. B. die größeren Grünflächen von der Beweidung mit Schafen und Ziegen bis hin zum achtmaligen Rasenschnitt pro Jahr unterschiedlich gepflegt. Das Grundkonzept der Grünflächenunterhaltung werde auch deutlich, wenn man vom Stadtzentrum ausgehend in die Außenbereiche gelange und dabei gut den Übergang von einer intensiven Pflege hin zu einer extensiven Bewirtschaftung beobachten könne.

Zu den Kosten erklärt Herr Kaune, dass ein 8-maliger Rasenschnitt im Jahr eine günstige Möglichkeit der Grünflächenunterhaltung darstelle und selbst ein zweimaliges

Mähen einer Langgraswiese im Endeffekt nicht wesentlich kostengünstiger sei. Er gehe auch nicht davon aus, dass Flächen zu intensiv gepflegt werden und durch die Extensivierung der Pflege nennenswerte Ressourcen, z. B. für die Unterhaltung von Schmuckbeeten, freigesetzt würden.

Bereits die sehr begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen im Amt erforderten einen zielgenauen Einsatz. Es habe auch bisher keine Kritik an einer zu intensiven Pflege durch das Grünflächenamt gegeben, sondern vielmehr Beschwerden hinsichtlich einer Vernachlässigung und unzureichenden Unterhaltung der Grünflächen.

Die Erstellung des durch den Antrag geforderten Konzeptes für das gesamte Stadtgebiet sei im Übrigen sehr aufwändig. Herr Kaune schlägt vor, exemplarisch im Rahmen des "Entwicklungskonzeptes Äußerer Grüngürtel" ein solches Bewirtschaftungskonzept zu diskutieren, entsprechende Vorschläge zu unterbreiten und später umzusetzen.

RM Herr Welpmann merkt an, die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen interessiere insbesondere, durch welche Art von Pflegemaßnahmen einerseits oder Strukturveränderungen andererseits die Artenvielfalt signifikant verbessert werden könne. Sicherlich sei es grundsätzlich möglich, durch Verringerung der Mahdhäufigkeit tendenziell artenreichere Wiesenflächen zu bekommen. Jedoch müsse das Thema im Hinblick auf den Artenvielfaltaspekt breiter behandelt und zunächst vertieft aufbereitet werden.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen habe hier intensiven Beratungsbedarf und sehe sich derzeit noch nicht in der Lage, über diesen Antrag abzustimmen.

SB Herr Dr. Albach entgegnet, der Antrag fordere doch geradezu eine vertiefte Aufbereitung, so dass die FDP-Fraktion diesem heute schon zustimmen könne. Herr Dr. Albach stellt einen Zusammenhang zwischen der früher bereits thematisierten Biotopvernetzung und der aktuell geforderten Biodiversität her und betont die Absicht der Politik, der Kölner Bevölkerung mehr Flächen, aber die "richtigen", zur Verfügung zu stellen.

Er fragt Herrn Kaune, ob es Hinweise darauf gebe, dass man durch die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen die Menschen lenken könne, so dass man bei gleicher Flächenbereitstellung die besonders wertvollen Flächen für die Natur vorsehe und weniger mähe und die Flächen, die die Menschen für ihre Freizeitaktivitäten benötigten, den Menschen zur Verfügung stelle.

RM Herr Bacher merkt an, die inhaltliche Aussage des Prüfantrags sei zwar in Ordnung. Dieser verkenne jedoch, dass die Verwaltung bereits seit mehreren Jahren so verfare und in den politischen Gremien ebenfalls seit Jahren über "Langgraswiesen" und "Flächen zur Erholungsnutzung" gesprochen werde. Die Verwaltung habe damals die Flächen benannt, die nur noch extensiv gepflegt werden, allerdings nicht, um personelle Ressourcen zu schaffen, sondern aus ökologischen Gesichtspunkten.

Herr Bacher vertritt die Meinung, den Antrag zum Anlass zu nehmen, sich von der Verwaltung die Situation darstellen zu lassen, so wie Herr Kaune dies im Zusammenhang mit dem Äußeren Grüngürtel auch schon vorgeschlagen habe.

Auf die Frage der Ausschussvorsitzenden, ob die CDU-Fraktion schon konkrete Flächen im Auge habe, über deren extensivere Pflege personelle Ressourcen frei würden, antwortet RM Herr Kienitz, dass dies noch nicht der Fall sei. Er greift den Vorschlag von Herrn Kaune auf und nimmt den von der CDU-Fraktion bei den Beratungen über den Äußeren Grüngürtel beantragten Punkt des Artenschutzes und der Biodiversität zum Anlass, die Verwaltung um Prüfung zu bitten, wo man diese Dinge ver-

ankern könne. Wenn die anderen Fraktionen noch Beratungsbedarf hätten, stimme die CDU-Fraktion einer Vertagung in die nächste Sitzung zu.

Die Ausschussvorsitzende betont, es sei wichtig, eine gemeinsame Ausrichtung zu haben und den Antrag zielgerichtet zu steuern, sich im Vorfeld auch zu beraten, um dann in der nächsten Sitzung einen für alle runden Antrag zu beschließen.

RM Herr Bacher schlägt vor, dass die Verwaltung bis zur nächsten Sitzung ihre mündlichen Aussagen ergänzt und schriftlich vorlegt, so dass dem Ansinnen des Prüfens schon Rechnung getragen sei und der Ausschuss Umwelt und Grün in der nächsten Sitzung über den Antrag nicht mehr beschließen müsse bzw. andernfalls doch beschließen.

Herr Kaune sagt dies zu.

Die Ausschussvorsitzende fasst zusammen, dass die Abstimmung vertagt werde und der Antrag evtl. in geänderter Form in der nächsten Sitzung auf der Tagesordnung stehen werde.

### **Beschluss:**

**Der Ausschuss Umwelt und Grün stellt den Antrag zurück in die nächste Sitzung am 10.11.2011.**

### **5.2 Strunde wieder für Mülheim zum Erlebnis machen Antrag der FDP-Fraktion AN/1477/2011**

**Vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt in die nächste Sitzung am 10.11.2011.**

### **5.3 Energiecontrolling und Energiemanagement in städtischen Objekten Gemeinsamer Antrag von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.04.2011 AN/0801 /2011**

#### **5.3.1 Professionalisierung des Energiecontrolling zum Antrag 0801/2011 Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 02.05.2011 AN/0835 /2011**

Die Ausschussvorsitzende Frau Dr. Müller verweist auf die Diskussion im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft und fragt die Ausschussmitglieder, ob man sich dessen Haltung anschließen könne.

RM Herr Kienitz bejaht die Frage und begründet dies damit, dass Ressourcen u. a. auch finanzielle Ressourcen eingespart werden können. Er möchte wissen, inwieweit man mit einem Beschluss dem integrierten Klimaschutzkonzept vorgreife bzw. ob ein derartiger Beschluss nicht Auswirkungen auf die zu beratenden Punkte zum Klimaschutzkonzept habe.

Beigeordnete Frau Reker stellt fest, dies sei nicht problematisch. Allerdings könne sie heute noch nicht sagen, inwieweit die Vorschläge der Gutachter in das Sofortmaßnahmenprogramm einfließen.

SB Herr Dr. Albach gibt zu bedenken, dass eine Vorlage der EU-Kommission zu einer Energieeffizienz-Richtlinie existiere und der Antrag insoweit nicht ausreiche. Diese verlange, dass 3 % aller öffentlichen Gebäude pro Jahr auf Passivhaus-Standard gebracht werden.

Herr Nawroth weist darauf hin, die Energieleitlinien der Stadt Köln zu den Passivhaus-Standards für städtische Gebäude im Neubau lägen schon seit einem Jahr vor. Das bedeute, alle Neubauten im städtischen Bereich wie Schulen, Kindertagesstätten usw. werden als Passivhäuser geplant und gebaut. Man sei sich bewusst, dass die EU-Richtlinie die gesetzlichen Vorgaben verschärfe, aber man bewege sich bereits seit 5 bis 6 Jahren mit den städtischen Energieleitlinien ständig vor den gesetzlichen Vorgaben.

Nach weiteren detaillierten Diskussionen zum Anteil der Neubauten in Köln im Verhältnis zum Bestand, zur Bestandsanierung bzw. zum Passivhausstandard im Bestand und zur Dachsanierung bzw. -dämmung als Beispiel für den Einsatz von Passivhaus tauglichen Bauteilen stellt die Ausschussvorsitzende zunächst den Änderungsantrag der FDP-Fraktion zur Abstimmung:

### **Beschluss:**

Der Ausschuss möge folgende Ergänzungen beschließen:

9. Die Verwaltung nimmt nach Erstellung des Konzeptes (s. Punkt 1.) mit der RheinEnergie Verhandlungen auf, mit dem Ziel zur vertraglichen Übertragung der Aufgaben des Energiemanagements und -controllings auf die RheinEnergie.
10. Die Stadt Köln und die Vertreterinnen und Vertreter des Rates in den Aufsichtsgremien der städtischen Betriebe werden aufgefordert, in diesen Gremien auf eine künftige Nutzung der Brennstoffzellen-Technologie hinzuwirken.
11. Bei der Gewichtung der einzelnen Kriterien und der damit verbundenen Abwägung zwischen Weiternutzung alter Gebäude und dem Abriss und Neubau ist dem Punkt Energieeffizienz ein größerer Stellenwert als bisher beizumessen.

### **Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich abgelehnt** gegen die Stimmen der FDP-Fraktion.

Anschließend stellt sie den gemeinsamen Antrag von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Abstimmung:

### **Beschluss:**

Die Anstrengungen der gesamten Stadtverwaltung zur Energieeinsparung und Verbesserung der Energieeffizienz in städtischen Gebäuden müssen nicht nur aus ökologischen Gründen, sondern auch auf Grund der schwierigen Haushaltslage, schnellstens deutlich erhöht werden.

Daher wird die Verwaltung mit folgenden Maßnahmen beauftragt:

1. Kurzfristig ein Konzept vorzulegen, um in allen städtischen Einrichtungen ein Energiecontrolling und Energiemanagement zu installieren und für alle bisher nicht erfassten Bereiche Energieberichte vorzulegen. Für die verbrauchsintensiven Kultureinrichtungen soll auch die Option eines eigenständigen Energiemanagements innerhalb des Kulturdezernates geprüft werden.
2. In vielen städtischen Liegenschaften würde sich die Ersetzung vorhandener Altanlagen durch effizientere Technik (z.B. Lüftungstechnik in Museen, BHKWs



bei Feuerwehr, etc.) in wenigen Jahren amortisieren. Die Verwaltung soll daher Einsparkonzepte erarbeiten, in denen dargelegt wird, wie diese Potenziale kurzfristig gehoben werden können. Dazu sind auch alternative Finanzierungsmodelle, z.B. Bürgerfonds zu betrachten.

3. Auch im fünften Jahr der Energieberichterstattung konnte die Gebäudewirtschaft für 115 von 653 Objekten keine Verbrauchswerte vorlegen. Dabei handelt es sich überwiegend um angemietete Objekte. Deshalb sind in künftige Anmiet- und Pachtverträge Bestimmungen aufzunehmen, dass Nebenkostenabrechnungen mit ausgewiesenen Energie- und Wasserverbräuchen spätestens 12 Monate nach Ablauf des Verbrauchsjahres vorliegen müssen, die Grundlage für ein weitergehendes Energiecontrolling sein könnten.
4. Die Verwaltung wird gebeten darauf hinzuwirken, dass alle Hausmeister vor Ort durch Verbrauchsablesung und sofortige Meldung von Auffälligkeiten zum Bemühen um eine Reduzierung des Energie- und Wasserverbrauchs beitragen.
5. Bei allen Objekten mit sehr schlechten Kennwerten (mehr als 50% über dem Gebäudetyp – Durchschnittswert) sind die Ursachen durch Begehungen oder nähere Untersuchungen zu erforschen und stichpunktartig im Energiebericht zu vermerken.
6. Das Energiemanagement macht Vorschläge, wie zumindest bei größeren Objekten eine schnellere Verbrauchsdatenerfassung (z.B. durch smart metering) gewährleistet werden kann, damit zeitnah auf Veränderungen reagiert werden kann und so überhaupt erst ein Energiemanagement im eigentlichen Sinne möglich wird.
7. Die Verwaltung soll Vorschläge entwickeln, wie die Energieverbräuche kurzfristig auch durch verhaltensbedingte Maßnahmen gesenkt werden können. So ist beispielsweise zu prüfen, inwieweit alle Mitarbeiter der Verwaltung, aber auch z.B. Lehrer und Schüler erneut darauf hingewiesen werden sollten, dass PCs und ihre Peripheriegeräte zumindest bei Beendigung der Arbeit auszuschalten sind ("Richtlinien für die Nutzerinnen und Nutzer städtischer Gebäude zur Einsparung von Energie und Wasser") ebenso ist zu prüfen inwieweit alle PC-Arbeitsplätze kurzfristig mit Steckerleisten auszurüsten sind, so dass alle Geräte mit einem Knopfdruck ausgeschaltet werden können.
8. In Verträgen mit Wachdiensten, wird die Verpflichtung aufgenommen, während der Heizperiode nach Dienstschluss offenstehende Fenster zu schließen und jegliche unnötige Beleuchtung auszuschalten.

### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt**

## **6 Allgemeine Beschlussvorlagen**

### **6.1 Sport- und Erholungsanlage Fühlinger See hier: Veranstaltungsplan 2011 und Definition von Rahmenbedingungen für die Genehmigung von Veranstaltungen 0389/2011**

RM Herr Dr. Welpmann beantragt, die Vorlage ohne Votum in den Sportausschuss zu verweisen. Er begründet dies damit, dass der Ausschuss Umwelt und Grün bereits seine fachlichen Aspekte eingebracht und die Vorlage inhaltlich beraten habe.

Die Ausschussvorsitzende stellt fest, es gebe keine Termine mehr in 2011, über die noch abzustimmen sei.

RM Frau Welcker regt an, die nächste Vorlage für 2012 so frühzeitig im Ausschuss Umwelt und Grün zu beraten und zu beschließen, dass eine Beschlussfassung Sinn mache. Unter diesen Voraussetzungen sei die CDU-Fraktion damit einverstanden, die aktuelle Vorlage ohne Votum in den Sportausschuss zu verweisen.

Nach kurzer Diskussion herrscht im Ausschuss Umwelt und Grün über den mündlich vorgetragenen Antrag und die weiteren Wortbeiträge Einmütigkeit.

### **Beschluss:**

**Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Vorlage ohne Votum in den Sportausschuss.**

## **6.2 Beleuchtung des öffentlichen Fußweges in der Siedlung "Em Parkveedel" zur Amsterdamer Straße 1992/2011**

SE Herr Donath spricht sich für die Beleuchtung des Weges aus und begründet dies mit der Nutzung durch Kindergartenkinder und Schülerinnen und Schüler der Förderschule.

Außerdem sollte man auch die Nord-Süd-Verbindung durch den Nordpark in Richtung Lentpark im Blick behalten. Dort werde es dringlich, eine beleuchtete Fahrradstrecke sicherzustellen. Diese sei teilweise schon beleuchtet. Die Presse habe eine Schätzung von 2.500 Besuchern in der Spitze pro Tag geäußert.

Herr Donath geht ausführlich auf Besucherzahlen in der Historie bei Gründung des Nippesbades, Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Besucherzahlen und Verkehrsprobleme in der Xantener Straße ein und macht deutlich, dass es dringlich sei, einen gesicherten Fahrradweg zu schaffen.

Die Ausschussvorsitzende betont, dass dies über den heutigen Beschlussvorschlag der Verwaltung hinausgehe und einer gesonderten Beratung bedürfe.

SB Herr Dr. Albach verweist auf die Anfrage der FDP-Fraktion unter TOP 3.4, in der eine geeignete Lösung für die Finanzierung dargestellt sein könnte. Er greift den Vorschlag von Herrn Donath auf und stellt einen Ergänzungsantrag und bittet die Verwaltung zu prüfen, ob diese Nord-Süd-Verbindung in diesem Rahmen ebenfalls beleuchtet werden könne.

Daraufhin diskutieren die Mitglieder des Ausschusses zunächst über das weitere Verfahren.

Die Ausschussvorsitzende erinnert an den Grundsatzbeschluss des Ausschusses Umwelt und Grün, Wegebeleuchtung in öffentlichen Grünanlagen nur in Ausnahmefällen zuzulassen.

SE Herr Bilke regt an, über die jetzige Beschlussvorlage abzustimmen und schlägt der FDP-Fraktion vor, in der nächsten Sitzung einen entsprechenden Prüfantrag zu stellen. Die inhaltlichen Anregungen von Herrn Donath seien gewichtig und evtl. seien auch noch andere Gremien zu beteiligen, so dass es schade sei, wenn dies so "untergehen" würde. Wenn also noch weiterer Handlungsbedarf darüber hinaus bestehe, sollte dies in einer vernünftigen Form erfolgen.

Anschließend stellt die Ausschussvorsitzende den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung:

### **Beschluss:**

Die Verwaltung empfiehlt dem Ausschuss für Umwelt und Grün der Beleuchtung des Fußweges in der Siedlung „Em Parkveedel“ und dem Beschluss der Bezirksvertretung Nippes zuzustimmen. Eine Ausnahme zum Grundsatzbeschluss ist notwendig, um einen gesicherten Zugang zum öffentlichen Nahverkehr der Amsterdamer Straße zu gewährleisten.

### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

SB Herr Dr. Albach besteht weiter auf seinem Ergänzungsantrag.

Im Verlauf der anschließenden Verfahrensdiskussion informiert Beigeordnete Frau Reker auf Nachfrage von RM Herrn van Benthem den Ausschuss darüber, dass Ergänzungsanträge zulässig seien und es sich hierbei um einen weiter gehenden Ergänzungsantrag handle.

Daraufhin erklärt die Ausschussvorsitzende, dass der ursprüngliche Beschluss ordnungshalber zurückzuholen sei und fordert SB Herr Dr. Albach auf, seinen Ergänzungsantrag zu formulieren.

SB Herr Dr. Albach formuliert den Antrag wie folgt:

"Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, unter Berücksichtigung der in TOP 3.4 (AN/1731/2011) dargestellten Finanzierungsmöglichkeiten, mit welchen Kosten die Nord-Süd-Achse beleuchtet werden kann und ob es dafür einen ausreichenden Bedarf gibt. Die Bezirksvertretung Nippes und die weiterhin zuständigen Fachausschüsse sind zu beteiligen."

Daraufhin unterbricht die Ausschussvorsitzende wegen Beratungsbedarf die Sitzung für 5 Minuten.

Anschließend setzt sie die Sitzung fort und stellt den **um den mündlich vorgetragenen Prüfauftrag ergänzten Beschlussvorschlag der Verwaltung** zur Abstimmung:

### **Ergänzter Beschluss:**

Die Verwaltung empfiehlt dem Ausschuss für Umwelt und Grün der Beleuchtung des Fußweges in der Siedlung „Em Parkveedel“ und dem Beschluss der Bezirksvertretung Nippes zuzustimmen. Eine Ausnahme zum Grundsatzbeschluss ist notwendig, um einen gesicherten Zugang zum öffentlichen Nahverkehr der Amsterdamer Straße zu gewährleisten.

**Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, unter Berücksichtigung der in TOP 3.4 (AN/1731/2011) dargestellten Finanzierungsmöglichkeiten, mit welchen Kosten die Nord-Süd-Achse beleuchtet werden kann und ob es dafür einen ausreichenden Bedarf gibt. Die Bezirksvertretung Nippes und die weiteren zuständigen Fachausschüsse sind zu beteiligen.**

### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt** mit 3 Stimmen der CDU-Fraktion, einer Stimme der FDP-Fraktion und einer Stimme der Fraktion pro Köln bei Enthaltung von 4 Stimmen der SPD-Fraktion und 3 Stimmen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen.

**6.3 Fortschreibung des Landschaftsplans der Stadt Köln  
2044/2011**

**Vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt in die nächste Sitzung am  
10.11.2011.**

**6.4 Änderung der Zuständigkeitsordnung  
2703/2011**

**Von der Verwaltung zurückgezogen.**

**6.5 Erfahrungsbericht "Naturwaldbestattung" und Änderung der Satzung für  
die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln (Fried-  
hofssatzung)  
2776/2011**

RM Herr Bacher betont für die SPD-Fraktion die Zustimmung zu dieser Vorlage. Er begründet dies damit, dass die Differenz zwischen den Sterbe- und den Bestattungsfällen innerhalb der Stadt Köln zurückgegangen sei und es richtig gewesen sei, einem Bedürfnis der Menschen nach bestimmten Bestattungsarten Rechnung zu tragen.

RM Herr Dr. Welpmann bewertet für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen die Vorlage ebenfalls positiv. Er möchte wissen, wie der Sachstand für den linksrheinischen Bereich sei.

Herr Kaune bestätigt, die Verwaltung habe sich dazu ebenfalls Gedanken gemacht. Gerade bei dieser Bestattungsart sei jedoch der Quartierbezug nicht unbedingt der entscheidende Faktor. Weiteres werde im Rahmen des Fachgespräches zur Entwicklung des Friedhofswesens und der Friedhofskultur im Oktober erörtert.

RM Herr Kienitz merkt an, die CDU-Fraktion betrachte die Naturwaldbestattung als eine sinnvolle Ergänzung im Angebot der Kölner Bestattungsmöglichkeiten und trage die Vorlage mit.

**Beschluss:**

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln nimmt den Erfahrungsbericht „Naturwaldbestattung“ zur Kenntnis und stimmt für eine Aufhebung der in § 26 Abs. 4 der Friedhofssatzung festgeschriebenen Befristung dieses Bestattungsangebotes. Die Naturwaldbestattung wird damit dauerhaft angeboten.

Der Rat beschließt die in Anlage 2 enthaltene Änderungssatzung.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt**

**6.6 Beschaffung von zwölf Mannschaftstransportern  
hier: Bedarfsfeststellung und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen  
3054/2011**

SB Herr Dr. Albach spricht sich namens der FDP-Fraktion gegen die Beschlussvorlage aus. Es sehe nicht so aus, als ob die Mannschaftstransporter dem entsprechen, was noch vor zwei Wochen im Klimaschutzkonzept vorgestellt worden sei. Weder besäßen sie Erdgas- noch Hybridantrieb. Herr Dr. Albach verweist auf das Projekt "Cologne E Mobil", an dem sich auch Ford beteilige. Er hätte sich gewünscht, die zukünftigen Vorstellungen für Köln auch hier und jetzt umzusetzen.

Herr Kaune erklärt, die Verwaltung bestelle die Fahrzeuge über die Abfallwirtschaftsbetriebe Köln. Diese habe einen Rahmenvertrag, in dem dieser Fahrzeugtyp mit Schadstoffklasse EEV enthalten sei.<sup>1</sup> Der zuständige Maschinenbauingenieur habe recherchiert, dass Ford eventuell auch im Rahmen dieses Rahmenvertrags anbiete, dieses Modell mit EEV-Standard auszuliefern. Dies sei jedoch noch nicht sicher.

**Beschluss:**

1. Der Ausschuss für Umwelt und Grün stellt den Bedarf für die geplanten Beschaffungsmaßnahmen fest und stimmt der Einleitung des Vergabeverfahrens zu.

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt eine Freigabe der im Doppelhaushalt 2010/2011, Teilfinanzplan 1301 / öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Zeile 9 / Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, veranschlagten Auszahlungsermächtigung, Hj. 2011 in Höhe von 583.700,- € bei Finanzstelle 6700-1301-0-0100 / Beschaffungen KFZ.

**Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich zugestimmt** gegen die Stimme der FDP-Fraktion.

**6.7 Satzung zur Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen nach §§ 135 a -  
135 c BauGB  
3000/2011**

**Vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt in die nächste Sitzung am  
10.11.2011.**

---

<sup>1</sup> (Enhanced Environmentally Friendly Vehicle - übersetzt "verbessertes umweltfreundliches Fahrzeug" - ist der gegenwärtig anspruchsvollste europäische Abgasstandard für Busse und Lkw. Fahrzeuge, die mit EEV-Motoren ausgestattet sind, übertreffen die Abgasqualität der ab 1. September 2009 bei Lkw und Bussen für alle neuen Fahrzeugtypen gültigen Norm Euro 5.) gefunden bei Wikipedia

**6.8 Abschluss eines Rahmenvertrages zur Durchführung von Boden- und Grundwasseruntersuchungen im Stadtgebiet Köln  
3207/2011**

**Beschluss:**

Der Ausschuss Umwelt und Grün stellt den Bedarf für den Abschluss eines Rahmenvertrages zur Durchführung von Boden- und Grundwasseruntersuchungen fest und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung eines Offenen Verfahrens (europaweite Ausschreibung) nach VOL/A und der anschließenden Auftragsvergabe gemäß den gesetzlichen Bestimmungen und den städtischen Vergaberichtlinien.

Die Kosten für den zweijährigen Rahmenvertrag 2012/2013 mit Verlängerungsoption für ein weiteres Jahr werden auf 321.000 € netto, bzw. 382.000 € brutto geschätzt.

Die Mittel wurden im Haushaltsplan für die Jahre 2012 – 2014 im Produktbereich 1401 Umweltordnung und –vorsorge, bei Teilplanzeile 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und die Zuwendungen bei Teilplanzeile 02, Zuwendungen und allgemeine Umlagen, berücksichtigt, bzw. für einen Teil der Maßnahmen erfolgt die Finanzierung durch die Inanspruchnahme der gebildeten Rückstellungen.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

**6.9 Programm MÜLHEIM 2020: Umsetzung der Projekte auf Grundlage der bewilligten Ausnahme vom Verbot des vorzeitigen Maßnahmebeginns gemäß Nr. 1.3.1 VVG zu § 44 LHO vom 21.12.2009  
3148/2011**

**Beschluss:**

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt, mit der Umsetzung der Projekte im Programm MÜLHEIM 2020 unter der Voraussetzung zu beginnen, dass für diese eine Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn vorliegt.

**Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich zugestimmt** gegen die Stimmen der CDU-Fraktion.

**6.10 Adenauer Weiher - Sanierung der Wasserleitung  
hier: Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen im Rahmen des Bürgerhaushaltes  
3154/2011**

**Beschluss:**

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt eine Freigabe im Rahmen des Bürgerhaushaltes für die Sanierung der Wasserleitung am Adenauer Weiher in Höhe von 116.000,- € aus Teilergebnisplan 1301 - öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanla-

gen, Zeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Hj. 2011.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt**

**6.11 Beschaffung von neun Mannschaftstransportern für den Friedhofsbe-  
reich  
hier: Bedarfsfeststellung und Freigabe von investiven Auszahlungser-  
mächtigungen  
3262/2011**

SB Herr Dr. Albach kündigt an, dass die FDP-Fraktion der Beschlussvorlage aus den gleichen Gründen wie bei TOP 6.6 nicht zustimmen werde.

**Beschluss:**

1. Der Ausschuss für Umwelt und Grün stellt den Bedarf für die geplanten Beschaffungsmaßnahmen fest und stimmt der Einleitung des Vergabeverfahrens zu.

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt eine Freigabe der im Doppelhaushalt 2010/2011, Teilfinanzplan 1303 / Friedhöfe, Zeile 9 / Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, veranschlagten Auszahlungsermächtigung, Hj. 2011 in Höhe von 319.500,- € bei Finanzstelle 0000-1303-0-0002 / Beschaffungen von beweglichem Vermögen.

**Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich zugestimmt** gegen die Stimme der FDP-Fraktion.

**6.12 1. Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß §  
24 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltsatzung der Stadt Köln  
  
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzpla-  
nes  
3533/2011**

**Von der Verwaltung zurückgezogen.**

**7 Mitberatung von Planungsvorlagen**

**7.1 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes  
Arbeitstitel: Godorfer Hafen in Köln-Godorf  
0295/2011**

RM Herr Dr. Welpmann fragt hinsichtlich Anlage 3 der Beschlussvorlage, die den Geltungsbereich betrifft, nach welchen Kriterien die Flächenabgrenzung vorgenommen worden sei. Er möchte wissen, ob dies aus den Erfordernissen des Arten- und Naturschutzes abgeleitet worden sei und bittet um schriftliche Beantwortung.

Ausschussvorsitzende Frau Dr. Müller weist im Zusammenhang mit den Themen "Biotop" und "Biodiversität" darauf hin, dass es sich um eine der wenigen Flächen als Naturschutzgebiet (NSG) handle, wo etwas für die Biodiversität getan werden könnte. Wenn dort streng geschützte Arten festgestellt werden, könne das nicht einfach umgewandelt werden.

In diesem NSG habe sich im Vergleich zu vor 2 Jahren einiges geändert. So sei es im Vorfeld der Vorbereitungen für den Hafenausbau gerodet worden. Nach dem Stopp der Rodungen habe sich die Fläche wieder "erholt" und sei wieder als NSG ausgewiesen worden. Sie fragt, wie sich dieses Biotop entwickelt habe und wie sich die Rodung auf den Artenschutz ausgewirkt habe.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

Abschließend merkt die Ausschussvorsitzende an, dass dieses Thema die politischen Gremien schon geraume Zeit beschäftige und heute nicht weiter ausführlich diskutiert zu werden brauche. Sie gehe davon aus, dass der Ausschuss Umwelt und Grün zukünftig noch umfangreiche Berichte, z. B. den Umweltbericht, erhalten werde.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt, nach § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) einen Bebauungsplan für das Gebiet zwischen dem Eisenbahngleis im Norden (einschließlich der südlichen Gleisachse), der westlich Grundstücksgrenze des Grundstücks am Sonnenblumenweg (Flurstück 55), in gradliniger Verlängerung bis zum Weg "In der Aue", diesem Weg in westliche Richtung folgend bis zum Ende der landwirtschaftlichen Nutzung (Am Wesselingener Weg), dem Rand des Naturschutzgebietes in südliche Richtung bis zum "Sürther Leinepfad" folgend, bis zur südlichen Spitze des vorhandenen Hafenbeckens, diesem in nördliche Richtung folgend bis zum Grundstück des vorhandenen Gashafens, dem östlichen Grundstücksrand des Gashafens in nördliche Richtung folgend bis zur Hafenerschließungsstraße, die Fläche der Erschließungsstraße nun einschließend bis zur Industriestraße (L 300) und im Einmündungsbereich zur Industriestraße jeweils in einer Tiefe von circa 70 m die Fläche der Industriestraße abdeckend —Arbeitstitel: Godorfer Hafen in Köln-Godorf— aufzustellen mit dem Ziel, ein Sondergebiet mit der Zweckbestimmung "Hafen" und eine Fläche für Naturschutz und Ausgleich festzusetzen.

### **Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich zugestimmt** gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln.

## **8 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**

Keine.

## **9 Mitteilungen**

### **9.1 Beauftragung eines Wach- und Sicherheitsdienstes zum Schutz des Rheinparks vor Vandalismus. 2531/2011**

SB Herr Arlt fragt nach, wie hoch sich die Gesamtauftragssumme für den Wach- und Sicherheitsdienst beziffere.



Herr Kaune beantwortet die Frage im nichtöffentlichen Teil<sup>2</sup>, da dies einen Teil des Vertrags mit der KGAB betreffe.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.2 Stilllegungsmaßnahme auf der städtischen Altdeponie Linder Mauspfad  
Sachstand zur Verkehrsführung während der Baumaßnahme  
2545/2011**

RM Herr Bacher fragt nach dem aktuellen Stand.

Herr Dr. Drösemeier informiert darüber, dass zwischen der Regierungspräsidentin und dem Oberbürgermeister ein Gespräch auf der Fachebene vereinbart worden sei, in dem Bezirksregierung und Stadt Köln die infrage stehende Zuwegung noch einmal eingehend besprechen. Die Entscheidung werde man dem Ausschuss gerne mitteilen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündliche Information von Herrn Dr. Drösemeier und die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.3 Umgang mit der Massaria-Krankheit an Platanen in Köln - Stand Juni  
2011  
Entwicklung in der Rechtsprechung  
Von den Gerichten geforderter Umfang und Häufigkeit der Baumkontrolle  
2584/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.4 "Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm - Bäume, Brunnen, Blumen  
und Gewässer"  
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Mülheim vom 27.06.2011 über die  
vom Rat am 07.04.2011 zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel  
2682/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.5 Stadtklima- und Verschönerungsprogramm - Sanierung und Betrieb von  
Brunnen in Köln  
2686/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

---

<sup>2</sup> Antwort s. TOP 12.1

## **9.6 Stadtklima- und Verschönerungsprogramm - Schmuckbeete 2689/2011**

RM Herr Dr. Welpmann möchte wissen, ob die den Bezirken im Rahmen des Bürgerhaushaltes zur Verfügung gestellten Mittel, die in diesem Jahr nicht mehr verbraucht werden, für das nächste Jahr zur Verfügung stehen.

Herr Kaune antwortet, er habe gehört, dass die Mittel in das nächste Jahr übertragen werden sollen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Herrn Kaune zur Kenntnis.

## **9.7 Energiebericht 2010 2655/2011**

SB Herr Dr. Fladerer bemängelt die äußerst geringen Einsparungen im Heizenergiebereich in Höhe von 0,6 %. Er regt an, bei denkmalgeschützten Schulen anzusetzen, da Dämmmaßnahmen an Gebäuden das einzige Mittel seien, um Heizenergieverbrauch und –kosten zu senken.

Herr Nawroth erwidert, dass gerade auf die Schulen das Hauptaugenmerk gelegt worden sei. Was den Denkmalschutz anbelange, könne er wenig sagen. Er räumt ein, dass die städtische Gebäudewirtschaft mit Denkmalschutzaufgaben kämpfen müsse und diese auch einige Einsparpotentiale hemmen. Sicherlich wäre mehr zu erreichen, wenn diese Auflagen geändert werden könnten.

Herr Nawroth weist darauf hin, dass andererseits in den Schulen, insbesondere im Energiebereich, einige Erfolge erkennbar seien. In den Jahren von 2005 bis 2009 habe man Einsparungen von insgesamt 8 % erreicht. Man müsse zudem berücksichtigen, dass im Schulbereich immer größere Anforderungen entstünden, da durch die längeren Nutzungszeiten, z. B. im Rahmen der offenen Ganztagschulen, und die höheren Ausstattungen, z. B. im Küchen- und IT-Bereich, auch die Verbräuche weiter anstiegen. Insofern seien die Einsparungen positiv zu bewerten.

RM Herr Dr. Welpmann betont, im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes werde man sich mit der Thematik "Gebäudesanierung im Bestand" umfassend und intensiv beschäftigen müssen. Hier sei die denkmalgerechte Sanierung von Gebäuden ein wichtiges Unterthema. Es müssen auf jeden Fall mehr Einsparungen erreicht werden als bisher und das Tempo müsse beschleunigt werden.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung und die mündlichen Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

## **9.8 Sanierung Parkgewässer hier: Außerplanmäßige Auszahlung im Teilfinanzplan 1301 / Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen 2527/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.9 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm - Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer**  
**hier: Beschluss der BV Nippes vom 07.07.2011 über die vom Rat zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel**  
**2872/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.10 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm - Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer**  
**2880/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.11 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm - Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer**  
**3176/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.12 Grüngürtel Impuls 2012 - Moderationsverfahren**  
**2995/2011**

Ausschussvorsitzende Frau Dr. Müller bemerkt rückblickend auf die Veranstaltung am 16.09.2011, dass die Bevölkerung dieses Thema gerne annehme. Im Hinblick auf die drei zukünftigen lokalen Veranstaltungen hoffe sie, dass diese zeitlich so gelegt seien, dass sie nicht parallel stattfinden, um den Ausschussmitgliedern zu ermöglichen, an mehr als einer Veranstaltung teilzunehmen.

RM Herr Welpmann regt an, die Termine schon wesentlich früher zu veröffentlichen, um so eine breite Beteiligung der Öffentlichkeit zu erreichen.

Auf die Bitte von Frau Dr. Müller, so frühzeitig wie möglich die drei Dezembertermine (05. bis 12.12.2011) bekannt zu geben, sagt die Verwaltung zu, diese nachzureichen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.13 Ausgleichsmaßnahme Sürther Feld**  
**3169/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

## **9.14 Toilettenkonzept - Sachstand 3252/2011**

RM Herr Dr. Welpmann nimmt die Mitteilung zum Anlass, einen grundsätzlichen Wunsch zu äußern.

Es handle sich dabei um eine Vorlage von Dezernat VI/ Planen und Bauen, Amt 62/ Bauverwaltungsamt. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erwarte, dass in Fällen, wo Dezernat VI betroffen ist, wo es um grundsätzliche Dinge gehe - wie in diesem Fall um die Abarbeitung eines Ratsbeschlusses - und der Wunsch nach Anwesenheit eines Vertreters / einer Vertreterin des Dezernates geäußert wurde, dieses auch erfolge.

Herr Dr. Welpmann gibt noch mal ausdrücklich zu Protokoll: Bei Vorlagen des Dezernates VI erwarte man grundsätzlich das Erscheinen des Dezernenten. Wenn dies nicht möglich sei, könne er es auf die entsprechende Amtsleitung delegieren. Es könne nicht sein, dass hier über eine Vorlage von Dezernat VI/ Amt 62 geredet werde, ohne, dass aus den jeweiligen Bereichen ein Verwaltungsbeamter / eine Verwaltungsbeamtin anwesend sei.

Dies gelte auch in anderen Fällen. Es sei in der Vergangenheit oft genug passiert, dass die Ausschusssmitglieder in den Sitzungen Fragen und Diskussionsbedarfe hatten und die Beigeordnete des Dezernates V stellvertretend damit beauftragen mussten, Dinge zu klären, weil keine Vertreter von Dezernat VI anwesend gewesen seien. Damit sei man generell nicht einverstanden und bitte dringend um Änderung.

Zum Inhalt der Mitteilung merkt Herr Dr. Welpmann an, dass sie einen über 2 Jahre alten Ratsbeschluss betreffe. In einer fast weniger als grenzwertig zu beurteilenden Qualität werde der Politik mitgeteilt, dass dieser Ratsbeschluss nicht umgesetzt werde. Stichhaltige Gründe dafür würden weder qualitativ noch quantitativ ausgeführt.

Herr Dr. Welpmann stellt fest, dass es sich insofern um keine diskussionsfähige Vorlage handle und schlägt vor, diese auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung am 10.11.2011 zu setzen. Man erwarte, dass Dezernat VI entsprechend vertreten sei, um Rede und Antwort zu stehen und die Gründe für die erheblichen Schwierigkeiten qualifiziert darzustellen bzw. zu erläutern, was von diesem Ratsbeschluss zumindest in Teilen noch umgesetzt werden könne und zwar so, dass die sanierten Toiletten dann auch betrieben werden können. Als negatives Beispiel nennt er den Zustand der Toilette Venloer Straße Ecke Ehrenfeldgürtel, wo es zwar eine Toilette gebe, die saniert worden sei, die aber nicht betrieben werden könne.

Herr Dr. Welpmann geht auf das konkrete Problem ein, das sich stelle, wenn zehntausende von Leuten in der Stadt keine Möglichkeit haben, eine Toilette aufzusuchen. Verschärfend sei die Situation für Menschen mit Behinderung. Daher sei es nicht akzeptabel, dem Ausschuss Umwelt und Grün eine Mitteilung in dieser Qualität vorzulegen.

SE Frau Röttger-Schulz drückt ihr Bedauern darüber aus, dass die zuständige Amtsleiterin nicht anwesend sei. Als Vertreterin der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik habe sie auch einige Fragen zu dieser Problematik. Diese werde sie beim nächsten Mal stellen.

Die Ausschussvorsitzende stellt auf ihre Nachfrage bei den übrigen Ausschusssmitgliedern fest, es sei Konsens, dass der Ausschuss Umwelt und Grün mit der vorgelegten Mitteilung nicht einverstanden sei, sie nicht zur Kenntnis nehme und darum bitte, sie auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen, um sie unter Beteiligung des zuständigen Dezernates oder der Amtsleiterin zu diskutieren.

**9.15 Private Wertstoffsammler an Wertstoffhöfen, Anfrage der FDP-Fraktion zur Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales am 04.07.2011  
2671/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.16 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm hier: Beschluss der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 12.09.2011 über die vom Rat am 07.04.2011 zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel  
3660/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.17 Fahrstreifensignalisierungsanlage Dürener Str. 1. und 2. Bauabschnitt hier: Ergebnis Ortstermin am 09.06.2011 mit Beirat untere Landschaftsbehörde und Ausschuss Umwelt und Grün  
3688/2011/1**

Der Ausschuss Umwelt und Grün bittet, die als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung zu setzen.

**9.18 Nicht normgerechte Spielgeräte auf Kinderspielplätzen  
2717/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün bittet, die als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung zu setzen.

gez. Dr. Sabine Müller  
(Ausschussvorsitzende)

gez. Barbara Bültge-Oswald  
(Schriftführerin)